

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 12

Artikel: J.-P. Sartre, die Intellektuellen und die Arbeiter
Autor: Jurt, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338288>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

J.-P. Sartre, die Intellektuellen und die Arbeiter

«Sartre ist sehr zu bedauern», so schrieb François Mauriac in seinem letzten Bloc-Notes vom 15. Juni 1970, «er will ins Gefängnis gehen, er hat Durst nach dem Martyrium; es gibt aber kein Martyrium ohne Henker und hier fehlt offensichtlich der Henker». Sartre hat in der Tat im April die Leitung der maoistischen Zeitschrift «*La Cause du peuple*» übernommen, nachdem die beiden jugendlichen Direktoren Jean-Pierre Le Dantec und Michel Le Bris wegen «Verherrlichung des Verbrechens» festgenommen worden waren. Der fünfundsechzigjährige Philosoph zögerte nicht, die Zeitschrift auf der Strasse zu verkaufen – ein Unterfangen, das meistens einige Monate Gefängnis einbringt. Wer vier Exemplare von «*La Cause du peuple*» zum Kaufe anbietet, wird der Wiederherstellung einer verbotenen Liga – *La Gauche prolétarienne* – angeklagt, denn das von Sartre geleitete Organ verbreite die Ideen der aufgelösten linksextremen Bewegung. So wurden Mitte September fünf junge Leute, welche die genannte Zeitschrift verkauft hatten, zu sechs und fünf Monaten Gefängnis verurteilt; am 1. Oktober sprach das Staatssicherheitsgericht gegen zwei Studenten wegen desselben Vergehens eine halbjährige Gefängnisstrafe aus. Sartre blieb, obwohl er die Zeitschrift leitet und verkauft, bisher unbehelligt, wie er auch während des Algerienkrieges trotz heftigster Stellungnahmen nicht festgenommen wurde. «On n'arrête pas Voltaire», soll de Gaulle gesagt haben. Gegenüber dem Vorwurf, es werde hier mit zwei Ellen gemessen, warf Maître Charlot als Staatsanwalt ein, es gelte, die wahren Verkäufer, die militanten Kämpfer zu verfolgen und nicht jene, die das Organ zufällig und offensichtlich verkauften, um die Behörden zu provozieren. Sartre gehöre zu dieser zweiten Kategorie; er habe ja nie verheimlicht, dass die Übernahme der maoistischen Zeitschrift nicht die bedingungslose Zustimmung zu allen darin geäußerten Ansichten bedeute. Als Schriftleiter einer Publikation, deren Meinung er nicht teile, könne Sartre keineswegs der Wiederherstellung einer verbotenen Liga angeklagt werden («*Le Monde*», 15. September 1970).

Während des Prozesses gegen vier jugendliche Gauchisten vom 29. September entgegnete Sartre, er sei keineswegs ein Strohmann, sondern der wirkliche Direktor von «*La Cause du peuple*». Er bejahe nicht alle Meinungen dieses Organs, wie er auch nicht alle Artikel seiner Zeitschrift «*Les Temps modernes*» unterschreibe. Er fühle sich aber weit mehr verantwortlich als die jungen Leute, die einige Exemplare der genannten Zeitung zum Verkaufe anboten. In einem Gespräch mit «*Combat*» wies der Philosoph auf die Illegalität des Vorgehens hin. «*La Cause du peuple*» sei offiziell nicht verboten; dennoch würden die Verkäufer der Zeitung wegen Wiederherstellung einer verbotenen Organisation verfolgt. In einer

kleinen Pressekonferenz am 16. Oktober beim Erscheinen der Nummer 29 des von ihm geleiteten Organs erklärte Sartre, es gehe darum, die Regierung vor ihre Verantwortung zu stellen: entweder «*La Cause du peuple*» zu verbieten und den Schriftleiter einzuklagen oder die Zeitung frei erscheinen zu lassen. Wenige Tage später wohnte Sartre dem Prozess gegen Alain Geismar bei, der nach der Verurteilung der vorherigen Leiter von «*La Cause du peuple*» zur Manifestation auf der Strasse aufgerufen hatte. Sartre zog es aber vor, nicht als Zeuge aufzutreten, da das Urteil schon gemacht sei; er wolle vor dem Volk Zeugnis ablegen; er erklärte in einer Rede vor den Renaultwerken in Boulogne-Billancourt, die Arbeiter allein könnten die Aktion Geismars beurteilen, da sie die Opfer der bürgerlichen Gewalt seien.

Was will der Philosoph Sartre mit dieser hektisch anmutenden politischen Betriebsamkeit, die sich oft in blossen punktuellen Handlungen zu erschöpfen scheint? Man kann sich die Antwort leicht machen, indem man das Engagement des Schriftstellers ins Lächerliche zieht wie eine gewisse bürgerliche Schweizer Presse, die in ihrem Kommentar zum Prozess Geismar hämisch bemerkt: «Sartre sitzt in Proletarietracht im Saal und wartet darauf, als Zeuge einvernommen zu werden», oder zwei Tage darauf sich über «Sartre als Propagandisten» auslässt, der als Proletarier verkleidet auf einer Öltonne vor mehr Photographen als Arbeitern geredet habe. Selbst wenn man Sartres Ansichten nicht in allem teilt, kann man ihm – eine seriöse Zeitung wie «*Combat*» bezeichnet den Philosophen als «den nach de Gaulle berühmtesten Franzosen in der Welt» – auf andere Weise begegnen. Es gilt, diesen Denker ernst zu nehmen, so wie ein Camus 1959 von Bernanos, dem er politisch nicht unbedingt nahe stand, schrieb, dieser Schriftsteller verdiene die Achtung und die Dankbarkeit aller freien Menschen. Einen Menschen achten heisse ihn ganz achten. Dieser Respekt gebietet, auf Sartre bezogen, sich nicht nur an den Phänomenen aufzuhalten, sondern nach den tieferen Beweggründen einer Haltung zu fragen. So entspricht Sartres Engagement nicht einer jähren Abenteuerlust, einem plötzlichen Tatendrang eines alternden Philosophen; seine Aktion gehorcht einer vorgängigen scharf dialektischen Reflexion. Diese Reflexion, die das Handeln motiviert, ist für uns relevant; sie ist fassbar in umfangreichen Äusserungen Sartres (Zwei Gespräche im «*Combat*», 9. Juli 1970. und «*L'Idiot international*», 15. September 1970), die leider von der Presse kaum beachtet wurden, währenddem die Einzelaktionen Sartres, losgelöst von ihrem ideologischen Kontext, in lächerlicher Weise, gemäss dem oberflächlichen Sensationsprinzip, aufgebauscht wurden.

Sartres gegenwärtiges Engagement versteht sich aus einer Analyse der jetzigen Gesellschaft und aus der Reflexion über die Rolle des Intellektuellen in der Gesellschaft.

Die Repressionen der spätkapitalistischen Gesellschaft

Nach Sartre wehren sich die herrschenden Klassen in der kapitalisti-

schen Gesellschaft gegen die Forderungen der Werktätigen mit versteckter und offener Repression. Früher habe die Bourgeoisie versucht, ihre Ideologie in jeder sozialen Schicht zu verbreiten, damit sie zur gemeinsamen Ideologie aller Klassen werde; dank dieser ideologischen Identifikation werde eine Bewusstseinsbildung und damit auch massive Forderungen verhindert. Marcuse bezeichnete diese Taktik als «repressive Toleranz». Vergessen wir dabei nicht, dass Ideologie nicht mit Weltanschauung gleichzusetzen ist; sie ist eher ein ideeller Deckmantel, um nackte Machtinteressen zu verbrämen. Um es mit A. Burghardt zu sagen: «Die in einer Gesellschaft jeweils herrschenden und gleichsam legitimen Ideen reflektieren die jeweilige sozioökonomische Situation und das Bemühen Sozialprivilegierter, Situationen in persönlichem Interesse optimal zu ändern oder sie zu stabilisieren, wozu man sich die Rechtfertigung durch Ideen sichert.»

Heute aber habe die Bourgeoisie ihre Ideologie fallengelassen, so fährt Sartre fort, und zeige ihr wahres Gesicht. Die Ideen, die zur Zeit der bürgerlichen Revolution von 1789 zum Durchbruch kamen, dann aber verraten wurden – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – hätten sich als Bumerang erwiesen. Die Arbeiter griffen diese Wertvorstellungen auf, begnügten sich nicht mehr mit Forderungen nach höherem Lohn und Lebensstandard, sie wollten frei und gleich sein, ihre eigenen Arbeiten kontrollieren, mitbestimmen über Produktion, Verwendung und Verteilung der Erzeugnisse. Gegen diese Bewusstwerdung der Arbeiterschaft könne sich das Patronat nur mit repressiven Mitteln wehren. Die Drohung der Entlassung schwebte ständig über den Werktätigen. Der Arbeitsrhythmus werde stets gesteigert. Innerhalb der Betriebe herrsche eine Atmosphäre der Bspitzelung, wie man es noch und noch in den Interviews des ausgezeichneten Buches «*Les ouvriers*» von Gabi nachlesen könne.

Noch schlimmer sei die Situation der Fremdarbeiter, die oft «illegal» eingereist seien, das heisst mit dem geheimen Einverständnis der Behörden und der Unternehmer, die nachher diese unbequeme Lage ausnützten. Diese Leute stellte eine Art Unter-Proletariat dar, das noch viel unmittelbarer der Repression ausgesetzt sei.

Im übrigen richte sich die Repression gegen die linken Studenten, die sich nicht in die bestehende Gesellschaft einfügten. Man braucht sich bloss daran zu erinnern, dass Mauerinschriften, die im Mai 1968 eine wahre Mauerpoesie hervorgerufen hatten, mit 500 bis 1000 Franken Busse bestraft werden; man braucht sich an die erwähnten harten Urteile gegen die Verkäufer von «*La Cause du peuple*» zu erinnern, die der familiären und zivilen Rechte verlustig erklärt wurden, also weder wählen, noch stimmen, noch studieren, noch ein öffentliches Amt annehmen können. Selbst der Berichterstatter der «NZZ», der sicher nicht der Sympathie für die Neue Linke verdächtig ist, spricht von der «Entziehung der bürgerlichen Rechte, die vom Staatssicherheitsgericht gegen junge Aktivisten der

Ultralinken ausgesprochen wurde, die zu relativ kurzen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, aber durch die Nebenstrafe lebenslänglich von allen Ämtern ausgeschlossen und überhaupt zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden.» («NZZ», 22. Oktober 1970) Sartre schliesst seine Erwägungen: «Das kapitalistische System kann sich in unseren europäischen Gesellschaften nicht aufrechterhalten ohne ständige Repression.» Dabei muss man ihm zugutehalten, dass er den Sinn für die historischen Dimensionen keineswegs verloren hat, anders als junge Gauchisten, die unbedacht und ohne sich der tragischen Paradoxie bewusst zu sein, israelische Politiker und Gaullisten des Zweiten Weltkrieges als Faschisten zeihen. «Wir sind nicht in einer faschistischen Periode», sagte Sartre, «es handelt sich um etwas ganz anderes. Es handelt sich nicht um eine Militärdiktatur von Obristen. Es handelt sich um etwas, das aufkeimt, das eine besondere Form haben wird und das sich, wenn kein Widerstand geleistet wird, noch verstärken wird: die Bourgeoisie ist entschlossen, sich auf repressive Art zu verteidigen.»

Der Intellektuelle in der Gesellschaft

Bezeichnenderweise ist der Begriff «intellektuell» zur Zeit der Dreyfusaffäre in Gebrauch gekommen und meinte die sich in die Auseinandersetzung einschaltenden Vertreter literarischer oder wissenschaftlicher Berufe. Seitdem erwartet man vom Intellektuellen, dass er zu den Fragen des öffentlichen Lebens Stellung bezieht. Sartre seinerseits versucht, den Intellektuellen zu definieren, keineswegs als einen, der nur Verstandesarbeit vollbringt; denn keine Arbeit ist ausschliesslich intellektuell oder manuell. Der Intellektuelle konstituiert und benutzt in seiner exakten Disziplin ein Wissen, das im Prinzip das Wohl aller Menschen anstrebt, also universellen Charakter hat. Doch in seiner Anwendung ist dieses Wissen nicht mehr universell, sondern partikulär; es dient Einzelinteressen; der Arzt, der Jurist, der Ingenieur arbeitet vor allem für eine privilegierte Schicht. Das Bewusstsein dieses Widerspruchs zwischen dem universalen Wissen und seiner einseitigen Anwendung – was Hegel unglückliches Bewusstsein nannte – charakterisierte nach Sartre den Intellektuellen. Aus diesem Bewusstsein heraus erinnert der klassische Intellektuelle immer wieder an die Prinzipien einer globalen Politik, nimmt beispielsweise als Chemiker Stellung gegen die Anwendung gewisser Giftgase in Vietnam, als Völkerrechtler gegen die Argumente der amerikanischen Intervention. Daneben übt er friedlich seinen Beruf aus, liebt seine Rolle, stellt sich selber und seine Berufsaufgabe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht in Frage; er steht im Dienste der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Durch sein selektionistisches Engagement, etwa gegen den Krieg in Indochina, in Algerien, beruhigt er seinen inneren Widerspruch. Doch seit Mai 1968 hat vor allem unter den Studenten eine Reflexion über die Rolle des Intellektuellen eingesetzt, das Wissen soll wirklich wieder seiner univer-

salen Aufgabe im Dienste aller zugeführt werden. Der Intellektuelle wird eine neue Haltung annehmen, sich nicht bloss mit Stellungnahmen zu heissen Fragen zufriedengeben und daneben Partikularinteressen dienen. Die Maiereignisse haben den Intellektuellen, der sich bisher zur Verfügung stellte und die Theorie, die Ideen lieferte, in Frage gestellt. Die Jungen, die Studenten wollen nicht mehr Persönlichkeiten werden, die zum vornherein durch ihre Funktion, ihren Gehalt definiert werden. Für Sartre gibt es nur eine Möglichkeit, das universelle Ziel zu erreichen: sich mit jenen verbinden, die eine universelle Gesellschaft verlangen: die Massen. Dabei gehe es keineswegs darum, wie dies die klassischen Intellektuellen taten, das Proletariat «anzusprechen», die Theorie zu schmieden, währenddem den Massen die Aktion zufiele. «Wir Intellektuelle», sagte er in seinem Gespräch mit «*Combat*», «wollen zusammen mit den Massen in der Aktion selber einen neuen Weg finden. Bis jetzt ist die Haltung der Intellektuellen grösstenteils durch die Tatsache bestimmt worden, dass gewisse politische und gewerkschaftliche Organisationen die Arbeitermassen von den Intellektuellen fernhielten.» Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges sei der Austausch und das Verständnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen, wie sie im 19. Jahrhundert bestanden hätten, zum Stillstand gekommen. Aus diesem Zusammengehen sei damals eine echte Einheit zwischen Theorie und Praxis hervorgegangen; der Intellektuelle wusste sich im Kampf mit der Masse eins und verstand den Standpunkt der Arbeiter und Bauern. Der Gebildete von heute müsse aber sein Statut, das heisse aber nicht seine Kultur, aufgeben, sich in den Dienst der Massen stellen und sich im Kontakt mit dem Konkreten, der sovielen abgehe, wandeln. Indem der Intellektuelle die Sprache der Massen lerne, verleihe er seinem Wissen, seiner Technik einen allgemeinverständlichen Ausdruck. So sollte, nach Sartre, eine Zeitung, die für die Massen bestimmt ist, Arbeiter und Intellektuelle im Redaktionsstab haben; die Artikel sollten gemeinsam redigiert werden. Die Arbeiter erklärten, was sie sind, was sie tun; die Intellektuellen wären da, um zu verstehen, zu lernen und gleichzeitig allgemeine Schlüsse zu ziehen. Es brauche eine gemeinsame Arbeit, eine organische Verbindung zwischen Intellektuellen und Werktätigen, gemischte Zellen.

Sartre, der freimütig zugibt, vor 1968 als Intellektueller im herkömmlichen Sinn gehandelt zu haben, hat seit den Maiereignissen eine Entwicklung durchgemacht, deren logische Folge die Übernahme von «*La Cause du peuple*» war und damit die Infragestellung seiner bisherigen Rolle. Von jetzt an fühle er sich bereit, jede politisch gerechte Aufgabe zu übernehmen, die von ihm verlangt werde, und er hat es in der Tat bewiesen durch die erwähnte Redaktionsübernahme als ein ehrlicher und nicht bloss formeller Akt. Ende September hat er zudem die Leitung einer weiteren linksextremen Zeitung «*Tout*» übernommen, die durch ihre Selbstkritik durch ihre einfache Sprache, die sich an alle richtet, überrascht und den Geist vom Mai 68 zu atmen scheint, der zum befreienden Wort, zum Aus-

bruch aus dem Anonymat der Grossstadt aufruft; ein Appell, der in breiteren Kreisen verstanden wird als pseudomarxistische Abhandlungen im Gelehrtenvokabular. Was Sartre vorschlägt, ist keine neue Theorie, sondern eine neue globale Haltung, die sich in kohärenten, konkreten Handlungen äussert. Eine allgemeine Theorie käme in der heutigen Situation verfrüht; denn die Theorie muss aus den Fakten hervorgehen und nicht umgekehrt.

Zur Diskussion:

Werner Egli

Provokation kann heilvoll sein

Der von Redaktor Dr. R. Lienhard verfasste Artikel «Sprengstoff Parteitag» («Profil» 10/70) brachte die notwendige Korrektur an Professor F. Marbachs Stellungnahme zum Parteitag in Biel. Letzterer war gekennzeichnet durch eine lebendige, demokratische Auseinandersetzung. Bei diesem Anlass zeigte es sich einmal mehr deutlich, wie sehr unser Parteilieben Sauerstoff benötigt. Wer ihn fördert, verdient Unterstützung statt Ablehnung.

Die Auseinandersetzung am Parteitag wurde gewiss nicht zimperlich geführt. Wie sollte es anders sein? Parteitagdiskussionen sind nun einmal nicht zu verwechseln mit einem «Schwatz» am Kaminfeuer. Freilich sollte an einem solchen Parteitag nicht Diskussion um der Diskussion willen geführt werden. Zweck der Auseinandersetzung soll sein, eine Synthese zwischen These und Antithese zu finden.

Man hat nach diesem Parteitag den Jungsozialisten vorgeworfen, sie hätten so viel in Provokation gemacht. Hier sei eine kleine Rückblende eingeschaltet:

Der Vorläufer der religiös-sozialen Bewegung der Schweiz, Pfarrer Hermann Kutter, hat einst ein Buch unter dem Titel «Sie müssen» veröffentlicht, dessen Wirkung für helvetische Verhältnisse enorm war. Der Tenor dieses Buches lautet: Es ist an den gottlosen Sozialdemokraten, die angefaulte christliche Gesellschaft zu erneuern. Wenn es die Frommen nicht tun, müssen es eben die Gottlosen tun. Diese Feststellung auf die Gegenwart übertragen heisst: Wenn allzu konform gewordene Sozialdemokraten versagen, kann eine Provokation von seiten progressiver Jungsozialisten nur heilvoll sein.

Fehl geht aber auch der Versuch von Professor Marbach, die Jungsozialisten – diese «wilde Linke» – in Zusammenhang mit linksextremen Krei-